

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbm d



Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages, setzt sich mit dem SDI-Programm Reagans auseinander: Ein politischer und strategischer Irrweg. Seite 1

Karl Weinhofer MdB, Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages, kommentiert die Kosten"drämfungs"-Vorschläge der Zahnärzteschaft: Goldene Nase auch ohne Zahngold. Seite 4

Dokumentation
Der Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Gerd Heilmann hielt am Mittwoch in Bonn einen vielbeachteten Vortrag über die beiden deutschen Staaten und die europäische Sicherheit. Wir veröffentlichen heute den zweiten und abschließenden Teil. Seite 5

40. Jahrgang / 98 /

24. Mai 1985

SDI - Ein politischer und strategischer Irrweg

Eine dauerhafte Friedensordnung kann nicht errüstet werden

Von Karsten D. Voigt MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Es wird immer klarer, daß führende Vertreter der US-Administration und der Präsident der Vereinigten Staaten selber mit ihrem Konzept einer Strategischen Verteidigungsinitiative die militärische Strategie der NATO nicht nur reformieren wollen. Verheißen wird eine revolutionär neue Strategie fern der unmoralischen Bedrohung des menschlichen Lebens durch gegenseitige Vernichtung.

Im langfristigen Ziel, das System der wechselseitigen Abschreckung überwinden zu wollen, stimmen Sozialdemokraten und der Präsident der Vereinigten Staaten überein. Unterschiedlich aber sind ihre Mittel und Wege. Gegensätzlich ist die wechselseitige Bewertung der Mittel und Wege.

Insbesondere demokratische Gesellschaften können es auf Dauer nicht für legitim halten, daß die Drohung mit der Vernichtung der Menschheit Vorbedingung für die Friedenserhaltung sei. Atomare Abschreckung vermag keinen dauerhaften Frieden zu stiften. Wer allerdings wie der amerikanische Präsident glaubt, die Abschreckung waffentechnologisch überwinden zu können, ist nicht Optimist sonder Illusionist. Unsere Kritik an dieser Illusion ist nicht Ausdruck von technologischem Pessimismus, sondern von politischem Realismus.

Eine Reform der Militärstrategien in Ost und West kann die militärischen Kosten und Risiken des Macht- und Systemkonfliktes verringern. Dieses wollen wir Sozialdemokraten. Aber eine dauerhafte Friedensordnung kann man nicht errüsten.

Im Gegenteil: Wer die Konfrontation der Blöcke überwinden und damit in der historischen Perspektive die Entmilitarisierung des Macht- und Systemkonfliktes zwischen Ost und West anstreben will, der muß

muß heute konkrete Schritte zur Begrenzung und zum Abbau von Rüstungen vereinbaren. Der muß zwischen potentiellen militärischen Gegnern die Vertrauensbildung, Entfeindung und Versöhnung fördern. Sicherheit soll auf Dauer ohne Verunsicherung potentieller Gegner garantiert werden. Dies ist der Kerngedanke des sozialdemokratischen Konzeptes einer Sicherheitspartnerschaft. Unsere euro-optimistische Zukunftsperspektive besteht in der Hoffnung auf eine qualitative Transformation des gegenwärtig immer noch antagonistischen Ost-West-Konfliktes mit gradualistischen Methoden.

Präsident Reagan will die Entwicklung von Waffentechnologien beschleunigen. Wir wollen den politischen Interessenausgleich beschleunigen.

Das SDI-Konzept ist nicht dazu geeignet, die Ost-West-Beziehungen zu entmilitarisieren. Die gefährliche Militarisierung der Politik kann nicht durch eine Fixierung auf neue militärstrategische Entwicklungen oder verteidigungspolitische Alternativen überwunden werden. Das Primat der Politik muß auch in den Instrumenten der Politik erkennbar sein. Es gibt keine militärstrategische Lösung der friedenspolitischen Probleme zwischen Ost und West. Dies ist der Grundirrtum und der der „Krieg der Sterne“-Rede von Präsident Reagan zugrundeliegenden Philosophie. Dies ist leider aber auch der politische Irrtum derjenigen alternativen Clausewitz, die heute zu einer Überschätzung der mit alternativen Verteidigungskonzeptionen verbundenen politischen Möglichkeiten neigen, nachdem sie in früheren Jahren die politische Bedeutung von Militärstrategien sträflich vernachlässigt hatten.

Nur formal wird die Entscheidung über Tests und Einführung von SDI-Systemen erst nach Abschluß der Forschungsphase gefällt. Faktisch werden mit dem SDI-Forschungsprogramm bereits Weichen für zukünftige weiterreichende Entscheidungen gefällt. Die Geschichte der meisten Rüstungsprogramme lehrt, daß nach dem erfolgreichen Abschluß eines Forschungsprogramms Tests und Einführungen kaum mehr zu verhindern sind. Mit dem SDI-Programm werden sich nach Abschluß der Forschungsphase bereits so starke politische, wirtschaftliche und militärische Interessen verbunden haben, daß auch Rüstungskontrollverhandlungen dann bestenfalls noch zu einer Begrenzung, nicht aber zu einer Verhinderung von SDI-Programmen in Ost und West führen werden. Dies gilt umso mehr, als führende Vertreter der US-Administration unabhängig vom Ausgang der Genfer Verhandlungen auf keinen Fall auf die Verwirklichung des SDI-Konzeptes zu verzichten bereit sind. Die Position Präsident Reagans, das SDI-Konzept nicht wegverhandeln zu lassen, muß aufgrund seiner bisherigen Äußerungen außer Zweifel stehen.

Es ist ein Irrglaube, dem Ziel der Abschaffung der Nuklearwaffen durch die Einführung neuer Waffentechnologien näher zu kommen. Es ist wahrscheinlich, daß die Verwirklichung des SDI-Programmes zwar nicht zur Abschaffung der Nuklearwaffen, wohl aber zur zusätzlichen Einführung qualitativ neuer Waffentechnologien führen wird. Der Frieden mit immer weniger Waffen lautet das Versprechen. Ein gefährdeter Friede durch immer neue Waffen wäre das praktische Resultat.



Es ist zu befürchten, daß die kleineren und mittleren Staaten in Europa beiderseits der Grenzen von NATO und Warschauer Pakt zu Zonen minderer Sicherheit werden, falls sowohl die USA und als auch die UdSSR strategische Verteidigungssysteme einführen. Diese Befürchtung besteht insbesondere für den Fall, daß bei den Genfer Verhandlungen keine Vereinbarung erreicht wird. Aber selbst für den theoretisch denkbaren Fall, daß sich die Sowjetunion und die USA einerseits auf die Begrenzung und Reduktion von nuklearen Offensivwaffen und andererseits auf eine begrenzte Einführung strategischer Defensivwaffen einig würden, bleiben geostrategisch bedingte spezifische Risiken der europäischen Staaten. Diesen spezifischen geostrategisch bedingten Risiken wird weder im SDI-Konzept selber noch in den bisherigen Verhandlungen zwischen Ost und West voll Rechnung getragen. Es gibt immer noch keine Verhandlungen über die Reduktion der nuklearen Kurzstreckensysteme und den Abbau der nuklearen Gefechtsfeldwaffen.

Selbst eine Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die das Prinzip der strategischen Stabilität berücksichtigt, kann dazu führen, daß regionale Instabilität nicht nur bleiben, sondern sogar in ihrer Bedeutung wachsen. Die strategische Stabilität zwischen den beiden nuklearen Weltmächten ist nicht automatisch gleichbedeutend mit der Verringerung des Risikos von regionalen konventionellen und auch nuklearen Kriegen in Europa.

Das Angebot einer technologischen Partnerschaft durch die USA an die UdSSR, um so die destabilisierende Wirkung einer einseitigen Einführung des SDI-Konzeptes zu verhindern, ist angesichts des bisherigen Verhaltens der USA beim Export sicherheitspolitisch relevanter neuer Technologien so lange unglaubwürdig, bis die Reagan-Administration ihre bisherige restriktive Haltung gegenüber dem Transfer neuer Technologien in die RGW-Staaten revidiert hat.

Wer das System der Abschreckung überwinden will, muß den politischen Gegner nicht lieben - aber er muß ihn und seine Motive zumindest zu verstehen suchen. Ich bin ein politischer Gegner des Marxismus-Leninismus. Aber wer in der Sowjetunion das Reich des Bösen sieht, ist politisch zur Überwindung des Systems wechselseitiger Abschreckung nicht in der Lage. Die Vorstellung, man könne das System wechselseitiger Abschreckung durch die Einführung neuer Waffentechnologien überwinden, ist eine technizistische Illusion. Versöhnung kann nicht durch Technik erzwungen, Feindschaft nicht durch Technik überwunden werden. Nur wenn der Mensch in autonomer Selbstbescheidung seine technologischen Fähigkeiten begrenzt, wird er auf Dauer überleben. (-/24.5.1985/rs/fr)

* * *



Wie man sich auch ohne Zahngold eine goldene Nase verdient**Feststellungen zu den Kosten"dämpfungs"-Vorschlägen der Zahnärzteschaft**

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Die jüngsten Kosten"dämpfungs"-Vorschläge der Zahnärzteschaft machen deutlich: wieder einmal sollen die Versicherten, die Patienten die Zeche zahlen. Vordergründig suggerieren die Zahnärzte Sparwillen, plädieren für weniger Gold im Mund, womit man die Kosten um 400 Millionen DM im Jahr senken könnte. In Wahrheit geht es jedoch um etwas anderes. Die Zahnärzte sehen sich vor die Fakten eines zahnwissenschaftlichen Gutachtens gestellt, das beweist, daß die Honorarsätze für Zahnersatz um 30 Prozent überhöht sind.

Ein Anbieter auf dem freien Markt müßte nun sofort die Preise senken. Nicht so die Zahnärzte. Sie machen Vorschläge, die zwar letztendlich die Krankenkassen entlasten würden, dafür aber den Patienten doppelt zur Kasse bitten. Das Konzept ist einfach: man unterscheidet beim Zahnersatz in Leistungen, die für die Funktion des Kauorgans entscheidend sind und solche, die der Ästhetik und dem Komfort dienen. Man grenzt also Leistungen aus, um sie anschließend im Wege hoher Privatliquidationen wieder bei den Patienten hereinholen zu können.

Die Argumentation ist widersinnig. Sie tut so, als ob der Patient zum Zahnarzt wie zu einem Autohändler geht, und sich der eine die Normalausführung und der andere das Luxusmodell mit allen Extras aussucht. Jeder, der die gängige Übung in Zahnarztpraxen kennt, weiß, daß es letztendlich der Zahnarzt selbst ist, der die Entscheidung über Palladium oder Gold, über Krone oder Brücke, über Reparatur- oder Zahnersatz trifft.

Was not tut, ist dagegen eine tatsächliche Kostendämpfung bei Zahnersatzleistungen. Für 32 Zähne gaben die gesetzlichen Krankenkassen 1984 13,7 Milliarden DM aus, für die gesamte ambulante ärztliche Behandlung 18,7 Milliarden DM. Das sind 13 Prozent der Gesamtleistungen der gesetzlichen Krankenkassen. Die Forderung der Kassen nach Reduzierung der Honorarsätze für Zahnersatz um 30 Prozent ist durch das vom Bundesarbeitsministerium in Auftrag gegebene Gutachten belegt und gerechtfertigt.

Die Entgegnung der Zahnärzteverbände, auch Beamte ließen sich ihr Gehalt nicht um 30 Prozent kürzen, illustriert nur ihre eigene Mentalität. Überteuerte Honorarsätze werden als beamtenversorgungsähnliche Besitzstände angesehen und mit Klauen und Zähnen verteidigt. Es wäre interessant, zu erfahren, ob sich die "Frei"berufler auch mit den Beamtendurchschnittsgehältern zufrieden gäben. Denn eins steht fest: die Zahnärzte sind mit Abstand die Spitzenverdiener unter den freien Berufen.

1980 belief sich ihr durchschnittliches Einkommen laut Einkommensteuerstatistik auf jährlich 239.000 DM ohne Nebeneinkünfte. Sie hatten von 1974 bis 1980 von allen freien Berufen den größten Zuwachs: von 1974 bis 1977 um 37 Prozent, von 1977 bis 1980 um 16 Prozent. Nach eigenen Berechnungen der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung erwirtschafteten sie auch 1981 und 1982 Einkommenszuwächse um 1,0 beziehungsweise 2,7 Prozent - trotz eingefrorenem Honorarabkommen.

Das genügt ihnen natürlich nicht. Anfang des Jahres geisterten Forderungen nach sechsprozentiger Honorarerhöhung durch die Presse. Die Arbeitnehmer, die die Masse der Versicherten stellen, mußten Jahr für Jahr Reallohnverluste hinnehmen. Nun sollen sie auch noch über verstärkte Selbstbeteiligung zusätzliche Einkommenszuwächse der Zahnärzte bezahlen. Eine solche Forderung ist schlichtweg unsozial und unmoralisch, zeugt bloß von ausgeprägtem Standesdünkel.

Die Vorschläge der Krankenkassen liegen auf dem Tisch. Auf wirkliche Kostendämpfungsangebote der Zahnärzte darf weiter gewartet werden.

(-/24.5.1985/rs/ks)

+ + +



DOKUMENTATION

Gerd Heimann: Die beiden deutschen Staaten und die europäische Sicherheit (Teil II)

Der Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Professor Gerd Heimann hat am Mittwoch in Bonn im Rahmen des deutschlandpolitischen Forums der Friedrich-Ebert-Stiftung einen vielbeachteten Vortrag gehalten, dessen zweiten und abschließenden Teil wir heute veröffentlichen.

(3.)

Die Sozialdemokratie hat in den fünfziger Jahren die Politik der Westintegration Adenauers erbittert bekämpft, um die Tür zur deutschen Einheit nicht zuzuschlagen. Da die Geschichte Fragen nach dem "Was-wäre-wenn" nicht eindeutig zu beantworten vermag, wird diese Frage offenbleiben. Inzwischen ist die Westintegration der Bundesrepublik vielfältige und alltägliche Realität und nicht umkehrbar. Auch die SPD hat sich seither zu ihr bekannt, aber der einen großen Richtungsentscheidung in der kurzen Geschichte der Bundesrepublik die andere, mindestens gleichwertige, mit den Namen Willy Brandt und Egon Bahr verbundene hinzugefügt: die Öffnung der im Westen verankerten Bundesrepublik zur Verständigung mit dem Osten, die Ost- und Vertragspolitik also. In der politischen Dialektik eines demokratischen Systems ist ein Gesamtergebnis erreicht worden, das so von keiner der beiden großen Parteien ursprünglich gewollt war, inzwischen aber nicht mehr dem Grunde nach streitig ist, eine feste Basis also für alle weiteren Operationen.

Wer zugespitzte Formulierungen mag, kann die beschriebene Dialektik bis zum Paradox steigern: Je mehr die Ost- und Vertragspolitik durch die Politik der Vereinigten Staaten gefährdet ist, je wichtiger wird die westeuropäische Integration mit ihrem Herzstück, der deutsch-französischen Freundschaft. Keiner der westeuropäischen Staaten hat auch nur annähernd das Gewicht, das nötig ist, um eigene Interessen gegenüber den Großmächten behaupten zu können. Ohne die Bundesrepublik bliebe von Westeuropa nur die jenseitige Küste der Vereinigten Staaten, politisch, wirtschaftlich, militärisch ein Torso, eines Tages auch ohne kulturelle Identität, nicht mehr als ein Brückenkopf der westlichen Großmacht auf dem Kontinent, unfähig, eine selbständige, gleichberechtigte und partnerschaftliche Rolle gegenüber der Sowjetunion zu spielen. Wenn die Franzosen so nervös und gereizt auf jede Regung eines deutschen Neutralismus reagieren, hier hätten sie einen wirklichen und rationalen Grund, aber nicht in ihrem pathologischen und übrigens auch strategisch im 19. Jahrhundert verhafteten Sicherheitsdenken, das die Bundesrepublik als neue Maginotlinie oder Glacis gegenüber der Sowjetunion sieht.

So wie Frankreich auf die Bundesrepublik ist die Bundesrepublik auf Frankreich und sind beide zusammen auf die Europäische Gemeinschaft angewiesen. Nur die EG kann ein gleichberechtigter Partner der Sowjetunion und der übrigen RGW-Staaten sein. Nur sie könnte mögliche Erschütterungen im Weltwirtschafts- und Währungssystem wenigstens einigermaßen für Westeuropa abmildern. Für die Wirtschaft der Bundesrepublik ist der Gemeinsame Markt heute das, was Zollverein und Reichseinigung im 19. Jahrhundert für die wachsenden Wirtschaften der deutschen Kleinstaaten waren. Selbst eine neugewonnene staatliche Einheit Deutschlands könnte nicht annähernd den Gemeinsamen Markt der EG ersetzen.

Aus all dem gilt es, endlich Konsequenzen zu ziehen. Ein deutscher Sonderweg in die Neutralität - ob mit oder ohne staatliche Einheit - ist ein vielleicht rührender, aber illusionärer und am Ende gefährlicher Versuch, den wachsenden Bedrohungen durch Gründung eines politischen Naturschutzparks zu entgehen. Die Grünen, die diesen Weg vertreten, müßten eigentlich mißtrauisch sein; denn Naturschutzparks lösen nicht einmal die wirklichen Probleme der Ökologie. Ein neutralisiertes Deutschland wäre nicht nur ein machtpolitisches Vakuum mit den immerwährenden Versuchungen, es auszufüllen, es würde vor allem seiner europäischen Verantwortung nicht gerecht. Wer im Schnittpunkt der Weltpolitik liegt, kann sich nicht verhalten wie ein politischer Aussteiger.

Dagegen ist der bisher beschrittene Weg einer westeuropäischen Integration realistisch, entspricht den Notwendigkeiten einer in größeren institutionellen Einheiten operierenden Wirtschaft und enthält vor allem die (einzige) Hoffnung, aus dem zweigeteilten Europa könnte ein Europa der gleichberechtigten Partnerschaft und Zusammenarbeit werden. Aber so, wie die Bundesrepublik nicht aus der Europäischen Gemeinschaft, kann die DDR nicht aus dem sozialistischen Staatensystem herausgebrochen werden. Ein Anschluß in der einen oder anderen Richtung scheidet aus. Daher enthält dieser Weg eine für manche bittere Konsequenz: So richtig die von Adenauer durchgesetzte Politik der westeuropäischen Integration war, mit der darin enthaltenen politischen Lebenslüge, man könne gleichzeitig die staatliche Einheit haben, muß nun endlich Schluß sein.

(4.)

Europäische Verantwortung und der fortgeschrittene Grad der westeuropäischen Integration erlauben es nicht, die Bundesrepublik länger als ein Provisorium zu betrachten. Sie ist für die Stabilität der Lage in Europa unentbehrlich und kann auch aus einer künftigen Ordnung Europas nicht hinweggedacht werden. Aus anderen, aber vergleichbaren Gründen gilt dasselbe für die DDR. Ihre Grenzen sind daher in Wahrheit Grenzen und nicht bloße Demarkationslinien, so unverletzlich wie die Westgrenze Polens. Ihre Hauptstadt ist Ost-Berlin, was immer der Status von Berlin im übrigen besagen mag. Die Beziehungen zwischen den Deutschen werden sicher auch in Zukunft besondere bleiben, aber die offiziellen Beziehungen, die die beiden Staaten unterhalten, sind ohne ihrem Gehalt nach diplomatische Beziehungen, so wie es unter gleichberechtigten Staaten üblich ist, welche Namen und Konstruktionen die richterliche Auslegung der Rechtslage Deutschlands auch hervorgebracht hat. Die Regelung ihres Staatsangehörigkeitsrechts ist allein ihre und nicht unsere Angelegenheit. Das gilt allerdings auch umgekehrt.

Schon die Vergangenheit hat sich nicht nach den Rechts- und Schriftgelehrten gerichtet, die unentwegt aus der "Rechtslage Deutschlands" Schlüsse ziehen, die mit der wirklichen Lage der beiden deutschen Staaten nichts mehr gemeinsam haben. Die Zukunft wird noch weniger Rücksicht auf ihre mittlerweile akrobatisch anmutenden Rechtskonstruktionen nehmen. Eine politisch einsehbare Ausnahme gilt eigentlich nur noch für den Status von Berlin, der solange auf Okkupationsrecht beruhen muß, wie eine endgültige Lösung für West-Berlin im Rahmen der Zweistaatlichkeit Deutschlands und einer den europäischen Frieden garantierenden Ordnung nicht real in Sicht ist.

Ein Tabu ist jedenfalls für immer zerbrochen. Der italienische Außenminister Andreotti hat gesagt, was (fast) alle in Ost und West denken und einige schon vor ihm ausgesprochen haben: Zwei deutsche Staaten sind es und sollen es bleiben. Damit in Widerspruch steht das Gebot des Grundgesetzes zur Einheit, das allerdings als geltendes Verfassungsrecht nicht einfach vom Tisch gewischt werden kann.

Angesichts der aktuellen Diskussion um die Äußerungen von Jürgen Schmude - zu ähnlichen Schlüssen bin ich selbst und unabhängig von ihm gekommen - ist es sicher empfehlenswert, jedes einzelne Wort genau zu wägen und der Ehrlichkeit halber zu betonen, daß hier niemand - auch ich nicht - berechtigt ist, für die gesamte SPD zu sprechen, weil auch in der SPD die Auseinandersetzung erst jetzt richtig begonnen hat. Alles dies beherzigend, möchte ich meine Meinung nicht zurückhalten: Eine mögliche Verfassungsänderung kann nur der letzte Schritt sein. Eine solche wird es nie geben, wenn nicht zuvor ein breiter Meinungsbildungsprozeß stattgefunden hat, in dem endlich geklärt wird, was unter so bewußt vieldeutigen Begriffen wie "Überwindung der europäischen Teilung" konkret gemeint ist.

Gefragt ist also eine bewußte Provokation zur intellektuellen Redlichkeit in der Deutschlandpolitik an der ich mich selbst gern beteiligen würde. Zur Sache selbst wage ich die Prognose: die normative Kraft des Faktischen, die wirkliche Aufarbeitung historischer Erfahrungen und das Nachdenken über eine künftige Ordnung Europas werden eines Tages die Bundesrepublik zur Änderung ihrer Verfassung zwingen, so lange unter dem Gebot zur Einheit die staatliche Einheit verstanden wird.

Bis zu einer Verfassungsänderung bleibt das Gebot zur Einheit Bestandteil eines Verfassungssystems, in dem es mit anderen Werten von Verfassungsrang wie Frieden und Freiheit zu konkurrieren hat. Der höchste Wert in unserer Zeit ist der Frieden.

Aus all dem zu schließen, die Zweistaatlichkeit Deutschlands sei das Ende einer gemeinsamen Geschichte der Deutschen, wäre allerdings ein Fehlentschluß. Genau das Gegenteil ist richtig. Zwei gleichberechtigte, auf Dauer gerichtete Staaten deutscher Nation, die ihre Existenz nicht länger in Frage stellen und ihre Ordnungen nicht länger zu destabilisieren versuchen, sind nicht ein Endpunkt, sondern die Voraussetzung, eine gemeinsame Perspektive, orientiert am europäischen Frieden, neu zu begründen. Eine einfache Überlegung macht das deutlich.

Ob die geographische Mitte Europas wieder zu einer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Mitte wird oder trennendes Grenzgebiet zweier rivalisierender, einand: feindlich gesonnener Weltssysteme bleibt, das hängt von Rahmenbedingungen ab, die die Deutschen nicht allein herzustellen und auch nicht zu gewährleisten vermögen. Aber ihr Interesse, daß solche Rahmenbedingungen geschaffen werden, ist größer



als das anderer Nationen. Zur Wirkung kann ein solches Interesse nur gebracht werden, wenn es im jeweiligen Blocksystem geltend gemacht wird. Nur als Bestandteil des jeweiligen Blocksystems sind beide deutsche Staaten wichtig, können sie fordern und notfalls verweigern. Ein neutralisiertes Deutschland zwischen den Blöcken wäre ohne Einfluß und bloß Objekt.

Damit setzt die Geschichte den beiden deutschen Staaten ein gemeinsames Ziel, auch wenn es getrennt verfolgt werden muß. Das Ziel, der europäische Frieden, ist anspruchsvoll genug, um, daran gemessen, die Nation trotz der staatlichen Teilung zu erhalten, was nur gelingt, wenn sie sich immer wieder als Willens- und Gefühlsgemeinschaft neu konstituiert. Auch in diesem Zusammenhang hat das Wort von der "Verantwortungsgemeinschaft für den Frieden" einen besonderen Sinn. Der gemeinsame Kampf für den europäischen Frieden kann jene Solidarität über Staats- und Systemgrenzen hinweg schaffen, in der die Nation sich weiterhin als solche erkennt.

Im Guten wie im Bösen liegen beide deutschen Staaten im Knotenpunkt der Weltpolitik; und mittendrin liegt Berlin. Ihre Verantwortung, aber auch ihre Bedeutung ist deshalb höher als die anderer europäischer Staaten. Hier ist eine politische Vision in unserer an Visionen so armen Zeit fast mit Händen zu greifen: ein Europa der gleichberechtigten, von gegenseitiger Erpressung freien, partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen West und Ost, konkret: zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedsländern und den RGW-Staaten, vor allem der Sowjetunion. Beide deutsche Staaten hätten den größten Nutzen davon, je getrennt und auch gemeinsam.

(5.)

Bis ein solches Europa der Partnerschaft zwischen West und Ost existiert, müssen noch viele Mosaiksteinchen mühsam und mit großer Geduld zusammengetragen werden. Die beiden deutschen Staaten, die auch in Zukunft die Hauptlast zu tragen haben werden, geben dafür ein gutes Beispiel. Wer hätte noch vor nur sechs Jahren geglaubt, daß die Sicherheitsinteressen beider Staaten zu einem guten Teil als identisch definiert werden könnten? Ich sage "könnten"; leider kann ich noch nicht sagen: "werden". Das gilt für Zonen in Europa, die frei sind von nuklearen, chemischen und biologischen Waffen, für die Erkenntnis, daß neue Mittelstreckenwaffen nicht mehr, sondern weniger Sicherheit bedeuten, daß SDI, wenn Westeuropa sich ernsthaft beteiligen sollte, die Entspannung endgültig zerstören würde. Das gilt erst recht für gleichgewichtige konventionelle Ab- und Umrüstung in Europa und für die ganze Palette vertrauensbildender Maßnahmen. Der Vorrat gemeinsamer Interessen ist schon jetzt so groß, daß es an der Zeit wäre, aus den nach einer mündlichen Vereinbarung zum Grundlagenvertrag vorgesehenen Konsultationen über "Fragen von beiderseitigem Interesse, insbesondere über solche, die für die Sicherung des Friedens in Europa von Bedeutung sind" eine ständige Einrichtung nach dem Muster der deutsch-französischen Konsultationen zu machen.

Der wichtigste Beitrag allerdings, den die beiden deutschen Staaten zum europäischen Frieden zu liefern vermögen, bleibt ihre Bereitschaft, Grenzen und Staaten, wie sie als Folge des verlorenen Krieges und der auseinanderbrechenden Antihitlerkoalition in Europa entstanden sind, nicht mehr infrage zu stellen. Nicht die Grenzen, sondern deren trennender Charakter sind das eigentliche Problem der europäischen Teilung. Das gibt Anlaß, zum Schluß noch ein paar Bemerkungen zur deutschen Frage selbst zu machen. Und hier gehe ich noch ein paar Schritte weiter, als die meisten, die die dauerhafte Zweistaatlichkeit Deutschlands zwar als Kategorie der Realpolitik hinnehmen, diese aber nicht als Ergebnis der deutschen Geschichte und als Notwendigkeit des europäischen Friedens wirklich akzeptieren. Eine Politik, die nur die Köpfe, nicht auch die Herzen erreicht, ist sehr gebrechlich. Vor der Geschichte wird das Argument der Realpolitik allein nicht bestehen.

Realpolitik läßt sich am ehesten mit der Fabel vom Fuchs vergleichen, der die Trauben für sauer erklärt, weil sie ihm zu hoch hängen. Wäre es so mit der staatlichen Einheit der Deutschen, dann bliebe sie zwar weiterhin in der Realität unerreichbar, aber dennoch in der Welt der Vorstellungen und Wünsche ein süßes Ziel. Die Folge wäre, daß Deutsche und deutsche Politik im tiefsten Grund nach wie vor unberechenbar blieben. Ein europäischer Friede, der darauf bauen würde, wäre auf Treibsand gebaut. Und das sagen einige auch ganz offen, die von ganz links oder von ganz rechts kommend, die deutsche Frage wiederentdeckt haben.



Die Wiederentdeckung der deutschen Frage löst bei vielen Realpolitikern Erschrecken und Entsetzen aus. Jahrelang tabuisiert, soll sie jetzt kurzerhand für erledigt erklärt werden. Das kann jedoch nicht gelingen; so wenig es den Deutschen nach 1945 gelingen konnte, endgültig aus ihrer Geschichte auszusteigen. Was jedoch erreicht werden muß, ist, sich endlich aus dieser schrecklichen Sprachverwirrung zu befreien, wö-nach die deutsche Frage und die Frage nach der staatlichen Einheit der Deutschen identisch seien.

Die Gleichsetzung der beiden Begriffe offenbart eine Geschichtslosigkeit, wie sie für die deutsche Nachkriegspolitik typisch ist. Selbst Hans Apel ist dieser Verwechslung nicht entgangen. Er hat vollkommen zu Recht darauf hingewiesen, daß beide deutsche Staaten feste Bestandteile ihrer jeweiligen Bündnisse seien und ihnen in diesen Bündnissen eine Schlüsselrolle zufalle. Auch seine Schlußfolgerung ist richtig, daß insofern die Frage der staatlichen Einheit nicht mehr offen sei. Nur er sagte nicht: "staatliche Einheit", sondern "deutsche Frage".

Die "deutsche Frage" ist selbstverständlich offen; denn sie ist älter als die Nachkriegszeit und die nach 1945 in Europa geschaffene Lage. Sie ist so alt wie die deutsche Geschichte selbst, sie ist die Frage nach der politischen Organisation der europäischen Mitte. Erst vor dem Hintergrund der ganzen deutschen Geschichte erschließt sich die Erkenntnis, daß die staatliche Einheit der Deutschen bestenfalls ein Aspekt unter vielen, aber nicht etwa die eigentliche Substanz des Themas ist. Die europäische Mitte spiegelte in den Jahrhunderten deutscher Geschichte sehr unterschiedliche politische Gestaltungen wider. Davon war das Bismarck-Reich, das übrigens auch nicht die staatliche Einheit aller Deutschen brachte, nur eine Variante. Wenn verhindert werden soll, daß das preußisch-deutsche Reich insgeheim das Muster und Vorbild einer zukünftigen Lösung der deutschen Frage bleibt, dann muß zuvor das Scheitern dieses spezifischen Versuchs der politischen Organisation der europäischen Mitte analysiert und offengelegt werden.

Ist es wirklich nur Zufall, so muß gefragt werden, daß das Bismarck-Reich nur ein Dreivierteljahrhundert überdauerte und daß es Kristallisationspunkt, wenn nicht gar Ursache zweier Weltkriege wurde? Ist eine politische Schöpfung überlebensfähig, die auf Dauer der Meisterhand ihres Schöpfers bedurft hätte? Nicht immer kann ein Land mit solchen Kanzlern rechnen. Stabil ist ein Staat nur, wenn normale Anforderungen an die Staatskunst ausreichen und selbst Zeiten überstanden werden, in denen dieses Maß noch unterschritten wird. Vielleicht ist die Bundesrepublik in diesem Sinne stabil, wie sich gegenwärtig hoffentlich zeigen wird. Das Deutsche Reich war es nicht. Es war zu schwach, um die Hegemonie in Europa errichten und behaupten zu können; aber es war dennoch so stark und expansiv, daß es von der ersten Stunde an als latente Bedrohung von seinen europäischen Nachbarn empfunden wurde - eine schlimme Konstellation, vielleicht die schlimmste überhaupt: zu stark und zu schwach in einem. Die Vermutung liegt nahe, daß der Nationalstaat, der die an den europäischen Rändern liegenden Nationen wie Spanien, England, Frankreich, Schweden und Rußland nacheinander zu Großmächten gemacht und ihnen Siege auf den Schlachtfeldern und kulturelle und wirtschaftliche Blüte nach innen gebracht hat, sich zur Organisation der europäischen Mitte als strukturell untauglich erwiesen hat.

Warum sollten wir ihn nach den jüngsten Erfahrungen und ausgerechnet in einer Zeit, in der er sich auch anderswo als überlebt erweist, noch einmal anstreben? Vor dem Hintergrund der ganzen deutschen Geschichte und der jüngsten Erfahrungen erscheint die Bismarcksche Lösung der deutschen Frage kurzatmig und gewaltsam. So wie das Entstehen der deutschen Nation nicht gebunden war an die Voraussetzung eines einheitlichen Staates im modernen Sinne, so wird auch ihr Weiterbestehen nicht davon abhängen. Angesichts der auf die europäische Mitte einwirkenden zentrifugalen Kräfte ist politische Vielgestaltigkeit nicht unbedingt Schwäche, sondern eine Stärke, die ihre prägende Wirkung nicht im Staatlichen erschöpft.

(-/24.5.1985/rs/ks)

+ + +

